

INLAND

Beamtenbund schlägt Alarm

KÖLN (dpa). Dem Staat fehlen nach Einschätzung des Beamtenbundes dbb derzeit fast 300 000 Mitarbeiter. Das geht aus einer Aufstellung hervor, die der dbb zum Auftakt seiner Jahrestagung an diesem Montag in Köln veröffentlichte. Demnach fehlen in den Kommunalverwaltungen mehr als 138 000 Mitarbeiter, in der Kranken- und Altenpflege 40 000 und in Bundes- und Landespolizei jeweils 25 000. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) will entschieden gegen Angriffe auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes eintreten. „Wir müssen als Demokraten hier zusammenstehen“, sagte Seehofer am Montag.

Connewitz: Angriff kommt vor Gericht

LEIPZIG (epd). Die Silvesterkrawalle von Leipzig-Connewitz werden voraussichtlich noch in dieser Woche zu ersten juristischen Konsequenzen führen. Ein 27-jähriger Tatverdächtiger müsse sich am Mittwoch im beschleunigten Verfahren vor dem Leipziger Amtsgericht verantworten, sagte ein Gerichtssprecher auf Anfrage. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Mann tätlichen Angriff auf Vollstreckungsbeamte und vorsätzliche Körperverletzung vor. Er ist einer von insgesamt zwölf Verdächtigen, gegen die Ermittlungen laufen.

Thomaskirche: Täter gefasst

LEIPZIG (epd). Nach der Zerstörung von gut zwei Dutzend Fenstern an der Leipziger Thomaskirche und dem angrenzenden Thomashaushat die Polizei den mutmaßlichen Täter gefasst. Der 55-jährige Leipziger habe die Tat von Ende Dezember gestanden, teilte die Polizei am Montag mit. Als Motiv für die Steinwürfe habe er angegeben, die Kirche verweigere die Herausgabe von Dokumenten, die belegten, er sei der Sohn Gottes. Der Mann sei in eine Fachklinik gebracht worden.

AUSLAND

Macron hofft auf Kompromiss

PARIS (dpa). Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hofft weiter auf einen schnellen Kompromiss im festgefahrenen Konflikt um die Rentenreform. Das Rentensystem müsse aus „Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen“ finanziell ausgeglichen sein, zitierte Regierungssprecherin Sibeth Ndiaye den Staatschef. Wegen der geplanten Rentenreform wird Frankreich seit Wochen von einer Streikwelle erschüttert.

ZENTRALREDAKTION

Sekretariat Mainz:
Telefon: 06131-48 58 75
Fax: 06131-48 58 68
E-Mail: politik@vrm.de

Sekretariat Wetzlar:
Telefon: 06 441 - 95 95 95
Fax: 06 441 - 95 92 92
E-Mail: redaktion-wnz@vrm.de

Sekretariat Wiesbaden:
Telefon: 0611-355-53 29
Fax: 0611-355-33 77
E-Mail: hessen@vrm.de

Sekretariat Darmstadt:
Telefon: 06151-387-27 27
Fax: 06151-387-27 30

Blattmacher:
Michael Klein, Ute Siegfried-Henkel; Sigrid Babst, Wolfgang Blum, Ken Chowanetz, Florian Giezewski, Jorg Hamm, Klaus Thomas Heck, Dirk Janowitz, Peter Kämmerer, Thorsten Lutz, Katrin Oltmanns, Felix Plum, Birgit Schenk, Nicole Suckert, Rüdiger Vogel, Nina Waßmundt.

Bis 2025 ist alles geregelt – und dann?

Bis Ende März soll die Rentenkommission Vorschläge zur Zukunft der Alterssicherung machen / SPD prescht vor

Von Eva Quadbeck

BERLIN. Die gesetzliche Rente ist in einer alternden Gesellschaft immer schwieriger zu finanzieren. Die Riester-Rente funktioniert nicht. Im Frühjahr soll die Rentenkommission der Bundesregierung Vorschläge präsentieren, wie das Alter künftig finanziell abgesichert werden soll. Die SPD will Wohlhabende stärker zur Kasse bitten.

SPD-Chef Norbert Walter-Borjans hat eine neue Finanzierungsgrundlage für die Rentenversicherung vorgeschlagen, die ein „Altwerden in Würde“ auch in 20 bis 30 Jahren absichern solle. „Wenn das nicht zu unerschwinglichen Sozialabgaben im Arbeitsleben führen soll, muss die Abgabenlast gerechter verteilt werden“, sagte Walter-Borjans dem Berliner Büro dieser Zeitung. Er brachte höhere Beiträge für Gutverdiener ins Spiel: „Die Deckelung für hohe Einkommen gehört genauso auf den Prüfstand wie die Einbeziehung der zunehmenden Einkünfte aus Kapital“, sagte der SPD-Chef.

SPD-Chef will höhere Beiträge von Gutverdienern

Bis 2025 sind bei der gesetzlichen Rente die wichtigen Stellschrauben festgelegt: Das Rentenniveau darf 48 Prozent nicht unterschreiten und der Beitragsatz darf nicht über 20 Prozent steigen. Eine Rentenkommission aus Politikern der Regierungsparteien, Vertretern von Gewerkschaften und Arbeitgebern sowie Wissenschaftlern soll bis März Vorschläge vorlegen, wie die Rente in Zukunft fi-



Der Reformbedarf bei der gesetzlichen Rentenversicherung ist enorm. Eine Kommission soll nun Vorschläge machen, wie das System der Alterssicherung auch in den nächsten 20 bis 30 Jahren funktionieren kann. Foto: dpa

nanziell gesichert werden kann. Die vergangenen 20 Jahre belegen, dass man privat nicht den Lücken hinterher sparen kann, die in der gesetzlichen Rente gerissen worden sind, erst recht nicht, wenn das Einkommen niedrig ist“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenschub. Sie ist auch Mitglied der Rentenkommission, die in dieser Woche erneut tagen wird. Statt den Menschen privat immer höhere Vorsorgekosten aufzuhalsen, müsse der Dreh- und Angelpunkt die Stärkung der gesetzlichen Rente sein, sagte die Gewerkschafterin. Die Frage, wie hoch der Anteil der privaten Vorsorge im Vergleich zur gesetzlichen Rentenversicherung in Zukunft liegen soll, ist eine

der zentralen Punkte, die die Rentenkommission beantworten muss. Der Vorsitzende der Mittelstandsunion, Carsten Lin-

GRUNDRENTE UND CO.

► Neben den großen Stellschrauben zur Finanzierung der Rente plant die Bundesregierung eine Reihe weiterer Reformen zur Alterssicherung. So soll 2021 die Grundrente starten, und für Selbstständige soll eine Versicherungspflicht geschaffen werden. Vorgesehen ist zudem, allen Bürgern Zugriff auf eine Rentenübersicht zu geben, die alle Vorsorge-Posten aufweist.

Erdogans Stellvertreterkrieg

Die Türkei entsendet erstmals eigene Truppen nach Libyen, doch kämpfen sollen sie nicht – vorerst



Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan verkündet per Fernsehinterview die Entsendung von Soldaten nach Libyen. Foto: dpa

Verstoß gegen internationales Recht. Beide Länder unterstützen in Libyen den mächtigen General Chalifa Haftar, dessen Truppen seit Monaten

versuchen, die Hauptstadt Tripolis einzunehmen. Erdogan hatte am späten Sonntagabend in einem Interview des Senders CNN Türk gesagt,

dass erste Truppen bereits entsandt würden. Er unterstützt die Regierung von Ministerpräsident Fajis al-Saradsch.

Wie viele Soldaten nach Libyen gehen, blieb zunächst unklar. Klar ist: Kämpfen sollen die türkischen Militärs, darunter ein General, nicht. Erdogan sprach von Koordinationsaufgaben in einer „Operationszentrale“. Der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu zufolge geht es auch um Ausbildungs- und Schulungsprogramme und den Austausch von technischem Wissen und Erfahrung.

Erdogan betonte, das Ziel sei nicht, zu „kämpfen oder einen Krieg (zu) führen“, sondern die „legitime Regierung“

zu unterstützen. Mit dem direkten Eintritt der Türkei in den Konflikt droht Libyen sich in einen der gefährlichsten Stellvertreterkriege in der Region zu entwickeln.

Acht Jahre nach dem Sturz von Muammar al-Gaddafi versinkt das Land immer tiefer in den Kämpfen um die Macht. Terrorgruppen wie der Islamische Staat und Al-Kaïda erstarken im Chaos. Zugleich ziehen unzählige Migranten durch den Wüstenstaat in der Hoffnung, Europa zu erreichen. Auch für Deutschland rückt Libyen wieder nach ganz oben auf der Nahost-Agenda. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) telefonierte am Montag mit Erdogan – unter anderem wegen Libyens.

Anhänger: Berlin plant Entlastung

BERLIN (jd) Inhaber eines Wohnwagens, eines Bootsanhängers oder einer ganzen Speditionsfirma mussten in den vergangenen Jahren teils erhöhte Versicherungsprämien zahlen. Ein Gesetzentwurf von Justizministerin Christine Lambrecht (SPD), der an diesem Mittwoch vom Kabinett verabschiedet werden soll, könnte das nun ändern. Der Grund: Die Kosten für die Anbieter von Haftpflichtversicherungen für Anhänger werden sinken, weil künftig bei einem Unfall in der Regel allein die Versicherung des Zugfahrzeugs für den Schaden aufkommen soll.

Zusätzliche Kosten in Millionenhöhe

Seit 2010 gilt eine Doppelhaftung. Demnach müssen sich der Haftpflichtversicherer von Zugfahrzeug, also beispielsweise eines Pkw oder einer Sattelzugmaschine, und der Versicherer des Anhängers die Schadenssumme zu je 50 Prozent teilen. Das hatte der Bundesgerichtshof entschieden. In der Folge stieg der Verwaltungsaufwand für die Versicherungen und die Anhängerversicherungen mussten mehr Schäden regulieren. Nach Angaben des Verbandes der Automobilindustrie hat die geltende Doppelversicherung von Zugmaschine und Anhänger bei der Anhängerversicherung zu einer Vervielfachung der Prämien geführt. Insbesondere bei Betreibern von Anhängerflotten mit bis zu 7000 Fahrzeugen hätten sich zusätzliche Kosten von teilweise über zwei Millionen Euro ergeben, so der Verband. Ob die Versicherungsunternehmen künftig die geringeren Verwaltungskosten in Form von niedrigeren Prämien an ihre Kunden weitergeben werden, ist offen.

Berlin steht zu Guaidó

BERLIN (epd). Die Bundesregierung erkennt den venezolanischen Oppositionspolitiker Juan Guaidó auch nach dessen verhinderteter Wiederwahl weiter als legitimen Parlamentspräsidenten an. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes kritisierte am Montag in Berlin, die Regierung von Präsident Nicolás Maduro habe versucht, die Wahl in der Nationalversammlung zu manipulieren. Sicherheitskräfte hatten am Sonntag die Wiederwahl Guaidós in der Nationalversammlung verhindert. Die Oppositionsabgeordneten versammelten sich danach im Gebäude der regierungskritischen Zeitung „El Nacional“ und wählten Guaidó in einer improvisierten Sitzung zum Parlamentspräsidenten.

„Bloßes Absitzen bis 2021 reicht nicht“

Die FDP fordert bei ihrem traditionellen Dreikönigstreffen in Stuttgart einen politischen Neuanfang und umwirbt gezielt frustrierte SPD-Anhänger

Von Kristina Dunz und Bettina Grachtrup

STUTTGART. Es ist ihr politischer Auftakt des Jahres mit langer Tradition, eigentlich ein Pflichtprogramm für jeden Funktionsträger der Liberalen. Nicht so jedoch für FDP-Vize Wolfgang Kubicki. Er blieb dem wichtigen Dreikönigstreffen in der Stuttgarter Oper am Montag fern. Begründung: „Stuttgart ist keine Pflichtveranstaltung, sondern Kür.“ Er müsse aus Termingründen passen. Kubicki machte aber via Zeitung seinem Unmut über die Umfragewerte der Partei Luft und forderte mehr Kampfesgeist: „Wir dürfen uns mit unseren

acht, neun Prozent nicht zufriedengeben.“

In der Stuttgarter Oper warb Parteichef Christian Lindner dann kämpferisch um mehr Zusppruch – und auch um frustrierte SPD-Wähler. Die Sozialdemokraten hätten sich „völlig abgekoppelt von den Interessen und Bedürfnissen der Mitte“, sagte er und kündigte einen „Aktionstag“ am 30. April: Die FDP werde vor die Werktoze ziehen und Gespräche führen. Es sei ein Irrtum, dass alle Arbeiter eine linke Politik wollten. Er betonte, Herz und Leidenschaft der FDP gehörten jenen, „die es mit Fleiß, Einsatzbereitschaft und Sparsamkeit im Leben zu etwas bringen wollen“.

Lindner warnte die Bundesregierung vor einem „bloßen Absitzen“ der Legislaturperiode bis zum Ende 2021 und sagte an die Adresse der Union, im Falle von „Erpressungsversuchen“ der SPD gebe es im Parlament „Alternativen“. Alles sei besser als der Status quo – auch eine zeitweilige Minderheitsregierung oder Neuwahlen. Lindner versicherte: „Wir sind bereit zur Übernahme von Verantwortung, wenn die politischen Inhalte stimmen.“

In FDP rumort es allerdings hier und da, Lindner wird eine Ein-Mann-Show vorgehalten. Es heißt, anderen Liberalen falle es schwer, sich neben ihm öffent-

lich zu profilieren, er müsse die Partei breiter aufstellen. Das machte Lindner in Stuttgart auch und holte Experten der FDP auf

die Bühne. Etwa die verteidigungspolitische Sprecherin im Bundestag, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, die Hamburger

FLORIAN GERSTER IST JETZT LIBERALER



► Der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Chef der Bundesarbeitsagentur, Florian Gerster, ist der FDP beigetreten. FDP-Parteichef Christian Lindner begrüßte Gerster am Montag beim Dreikönigstreffen der Liberalen öffentlich als „ganz frisches Neumitglied“. Der Wormser Gerster war Landesminister in Rheinland-Pfalz, unter anderem für Soziales. (Foto: Gerster)

Wahlkämpferin Anna von Treuenfels-Frowein und den Außenpolitiker Alexander Graf Lambsdorff. FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg bekam für ihre Rede mit Kritik an Enteignungsdebatten bei SPD und Grünen viel Beifall. Sie fragte: „Warum gibt es eine Faszination, ja geradezu eine Erotik offenbar dieser radikalen Vorschläge, die so wenig zu tun haben mit der freihetlichen Ordnung unseres Grundgesetzes?“ Kleinmut und Ängstlichkeit hätten Deutschland im vergangenen Jahrzehnt gebremst, assistierte Lindner. Aber: „Wir haben alle Chancen, es in den 20er Jahren besser zu machen.“